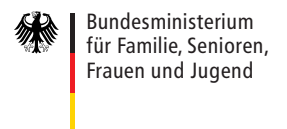


Startkonferenz der Städte- und Gemeinde- vertreter

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 7. November 2000 in Berlin

Stiftung SPI

Im Auftrag des:



Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Narzarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 0 30.457 986 – 0
Telefax: 0 30.45798 650
Internet: www.eundc.de

Ansprechpartner:
Sandra Scheeres
Andreas Hemme

Layout:
MonteVideo Mediadesign

Readaktion:
Andreas Hemme
Sandra Scheeres

Inhalt

- 4 Peter Haupt,
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ), Staatssekretär
Die kinder- und jugendpolitische Bedeutung des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“

- 9 Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Direktor
E&C – Ein attraktives Angebot mit Zukunft

- 12 Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut
(DJI), Abteilungsleiter
Aufgabenstruktur und Vorhaben des DJI im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C

- 16 **Zusammenfassung der Arbeitsgruppen-
ergebnisse**

Peter Haupt

Die kinder- und jugendpolitische Bedeutung des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“

Neues anders tun

Vor zwei Jahren hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der Programmplattform: „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen sozialräumlichen Ansatz der Kinder- und Jugendpolitik initiiert. Ziel ist, lokale Bündnisse in solchen Stadtteilen und Gemeinden, in denen sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten strukturell schwierige soziale Entwicklungen vollzogen haben, zu unterstützen und anzuregen. Trotz wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland kommt es in bestimmten urbanen Bereichen zu Verslumungstendenzen bzw. zu massivem wirtschaftlichen und sozialen Strukturverlust. So entstanden in vielen Städten benachteiligte Gebiete / soziale Brennpunkte, die einen besonderen Entwicklungsbedarf aufweisen, zum anderen geht es um strukturschwache ländliche Regionen, die vergleichbare Strukturdefizite aufweisen.

In diesen sozialen Brennpunktgebieten kommt es einerseits zur Entmischung der Wohnbevölkerung (soziale, ethnische, altersabhängige Entmischung) andererseits zur Konzentration sozialer Probleme wie Kriminalität, Gewalt, Alimentierung und unzureichende Kultur- und Freizeitangebote. Wirtschaft und Dienstleistungsgewerbe ziehen sich aus diesen „belasteten“ Gebieten zurück. Infrastruktur wie öffentlicher Nahverkehr, Wohnungsbau und Stadtentwicklung stagnieren oder bedürfen permanenter staatlicher Unterstützung. Die sich vollziehenden Entwicklungen verstärken sich gegenseitig, so dass die Verslumung in einigen Stadtteilen deutlich an Geschwindigkeit gewonnen hat. In Berlin vollzieht sich dieser Prozess seit der Wiedervereinigung mit beispielhafter Brisanz. Die Stadt, einerseits viele Jahre durch das Inseldasein vor dem Wegzug sozial besser Gestellter geschützt und andererseits durch Versorgungsprivilegierung Zuzugsmagnet, kämpft nun mit sich schnell vollziehender Bevölkerungsentmischung, sozialer Destrukturierung und Abwanderung in das Umland.

Diese Entwicklungsprozesse der Stadtteile sind sehr unterschiedlich und von geographischen, städtebaulichen, historischen und politischen Rahmenbedingungen abhängig. Wichti-

ger scheint jedoch die Frage, welche Möglichkeiten zur Gegensteuerung vor Ort gefunden werden und welche Unterstützung von außen, von staatlicher oder privater Seite gewährt werden kann.

Diesen Abwärtstrend sozial schwieriger Quartiere zu stoppen und umzukehren erscheint nur dann erfolgversprechend, wenn lokal agierende Behörden und Initiativen kooperativ ihre Ressourcen bündeln – ein lokaler Pakt zwischen Wirtschaft, Verwaltung und freien Initiativen entsteht. Bürgerinnen und Bürger müssen intensiv in Veränderungsprozesse einbezogen werden und auch überregional muss diesen Quartieren besondere Unterstützung gewährt werden. Hierzu bedarf es eines kooperativen sozialräumlichen Handlungskonzeptes, wie es lokale Aktionspläne darstellen.

Unterstützung von lokalen Aktionsplänen unter Einbeziehung gewachsener Förderstrukturen

Für das BMFSFJ stellt sich die Frage: Gibt es eigentlich genügend Unterstützungen z.B. aus dem Kinder und Jugendplan des Bundes (KJP) für diese lokalen Pakte und deren Aktionspläne?

Aus dem KJP des Bundes werden eine große Zahl von Vereinen und Verbänden, die einen Bezug zum Bundesgebiet insgesamt haben unterstützt. Darüber hinaus werden in bestimmten Bereichen Einzelprojekte gefördert. Unterstützt wird im Wesentlichen themenfeldbezogen aus festgeschriebenen Förderbereichen. So fördern wir zum Beispiel im Bereich der kulturellen Jugendbildung, der politischen Jugendbildung und der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Über 20 solcher Themenfelder weist der Kinder- und Jugendplan des Bundes auf.

Die Arbeitsstrukturen im Ministerium greifen diese Struktur des KJP auf. Diese institutionelle Logik erklärt, warum es Erstaunen hervorruft, wenn z.B. KJP-geförderte Träger aus dem Bereich der politischen Bildung gefragt werden: Welche Initiativen gibt es innerhalb dieses Themenbereiches für benachteiligte Jugendliche in sozialen Brennpunkten? Bisher wurde gefragt: Welche Angebote im Bereich der politischen Jugendbildung sind sinnvoll, welche Aufgaben werden bundesweit in diesem Bereich wahrgenommen? Die Forderung nach einem Engagement für benachteiligte Jugendliche in einem sozialen Brennpunkt ist für die aus dem KJP geförderten Organisationen, Einrichtungen und Angebote aus anderen Themenbereichen neu und ungewohnt. Häufig sind die Professionellen an zentralen Orten mit ihren bundesweiten oder länderübergreifenden Maßnahmen enga-

giert. In der Regel sind diese Orte keine sozialen Brennpunkte. Die Träger sehen kaum Chancen, mit den heutigen Vorstellungen von der eigenen Arbeit in ein anderes, sozial schwieriges Gebiet zu wechseln.

Mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) sollen fach- und trägerspezifische Angebote mit dem Anspruch verbunden werden, dass etwas für junge Leute getan wird, die in benachteiligten Gebieten aufwachsen.

Es geht um den Transfer von geförderten Angeboten, von Initiativen und Ressourcen in soziale Brennpunkte. Natürlich können tradierte Angebote nicht ohne weiteres nur örtlich verlagert werden. Es ist auch zu überlegen, ob Jugendliche in sozialen Brennpunkten von diesen Angeboten überhaupt erreicht werden, diese auch wahrnehmen würden.

Zusammenfassend bleibt zur Unterstützung und Gestaltung lokaler Aktionspläne festzustellen:

Die themenbezogene Programmstruktur des KJP und die darauf Struktur der bundeszentralen freien Träger haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Die „versäulten“ Strukturen haben ihre eigene Fachlichkeit entwickelt, ihre eigenen Akteure und ihre eigenen Zielgruppen.

Die Aufgabe, in urbanen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen Regionen nachhaltige positive Veränderung der Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien zu bewirken, kann mittel- und langfristig nur erreicht werden, wenn neue themenfeldübergreifende Lösungen gefunden werden. Ein Verharren in den bisherigen Strukturen und Arbeitsformen ist ebenso wenig sinnvoll wie das Einfordern von zusätzlichen Strukturen und Angeboten.

E&C versucht in sozial schwierigen Gebieten jungen Menschen Entwicklung zu ermöglichen und vielfältige Chancen einzuräumen, dort wo diese leben das zu bündeln, was aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen jeweils finanziert wird. Dies bedeutet Ressourcenbündelung an Orten, wo Benachteiligungen sich konzentrieren und zwar so, dass die dort lebenden Kinder und Jugendliche erreicht werden.

E&C – eine Herausforderungen für die Jugendhilfe

Es gilt bestehende Aktivitäten in Form bewährter und geeigneter Angebote dorthin zu bringen, wo sie tatsächlich benötigt werden, wo sie Entwicklungen und Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen verbessern können. Beispielsweise kann eine neue Einrichtung zur Haftvermeidung, in der straffällige Jugendliche Möglichkeiten finden, in Arbeit zu kommen und während ihrer Bewährungszeit individuell betreut zu werden im Berliner Wedding, einem sozial brisanten Stadtteil im Norden Berlins, ein angemessenes Angebot sein. Wenn solch ein Angebot in einem Kiez angesiedelt wird, in dem junge Leute leben, die sich ganz normal entwickeln, eine Menge Chancen und Ressourcen haben, dann muss geprüft werden, ob diese Einrichtung mit ihrem Angebot gegebenenfalls „umziehen“ sollte.

Natürlich sind solche Prozesse innerhalb einer größeren Stadt gut gestaltbar, aber schon in einer kleinen Stadt scheint es schwieriger und in einem Flächenland fast unmöglich, vor allem wenn die Angebote unter länderübergreifenden oder bundeszentralen Aspekten entwickelt worden sind.

Eine großen Herausforderung für die Jugendhilfe besteht darin, die Arbeitsprinzipien und die Erfolge, die an einer bestimmten Stelle, unter bestimmten förderlichen und hinderlichen Bedingungen erreicht wurden, nun auch anderswo z.B. in sozial schwierigen Gebieten zu etablieren. Dies bedeutet, dass die Träger der aus dem KJP geförderten Projekte, die Vereine und Verbände in besonderer Weise flexibel und mit Ideen gerüstet sein müssen, um das, was sie an anderen Orten aufgebaut und erfahren haben, nun auch in sozialen Brennpunkten aufzubauen.

Erfolg und Qualität sozialer Arbeit wird künftig daran gemessen werden, wie diese Arbeit, die an einer Stelle effektiv erledigt worden ist, anderenorts transferiert werden kann. Dies verlangt von allen beteiligten Institutionen ein sehr hohes Maß an Flexibilität, an Bereitschaft, sich immer wieder zu wandeln. Träger und soziale Einrichtungen stehen vor dieser Aufgabe, auch wenn die finanzielle Spielräume gering sind.

Von den von uns geförderten Trägern und Projekten erwarten wir also auch, dass sie Jugendhilfe-Innovation durch Deutschland tragen und sich immer wieder neu dort einbringen,

wo sie gerade benötigt werden.

Ein wesentlicher inhaltlicher Anspruch der Programmplattform „Entwicklung und Chancen von jungen Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ stellt sich mit dem Vorhaben, Lösungen für und mit den Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, Bildung und sozialer Ausstattung vor Ort in diesen Sozialräumen zu gestalten.

Wann und warum identifizieren sich junge Leute mit ihrem Stadtteil? Wie kommen sie zu dem Gefühl, der Ort in dem sie leben ist ihr gewünschter Lebensraum, nicht nur Schlafstatt oder Übergangsheim. Es ist die Frage nach Partizipation, die Frage nach der Teilhabe von Jugendlichen an den täglichen Veränderungen und Gestaltungsprozessen im Kiez. Jugendliche schätzen, woran sie mitgewirkt haben und kommen häufig, bei adäquater Ansprache und verlässlicher, ernsthafter Mitwirkungsgestaltung zu erstaunlichen, kreativen und innovativen, zugleich aber auch effektvollen Lösungen.

Diese Erfahrung machen wir derzeit mit unserem Projekt akiju - aktueller Kinder- und Jugendreader, der eine Plattform im Internet darstellt, die Jugendlichen zur Verfügung steht, um Wünsche und Ideen in die Politik zu tragen. Ziel ist neben dem wissenschaftsorientierten Kinder- und Jugendbericht unserer Expertenkommission auch einen durch Jugendliche erstellten Reader über die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik vorzulegen.

Für Politiker wird es möglich, sich direkt und unmittelbar mit Jugendlichen auszutauschen, ihre Interessen in politische Entscheidungen einzubeziehen. Die explizite Einbindung in viele Politikbereiche und politische Ebenen und die Gestaltung der Veränderungsprozesse vor Ort stellen eine weitere Herausforderung für die Jugendhilfe dar.

Die kommunal- und landespolitische Verankerung von „Soziale Stadt“ und E&C ist eine wesentliche Voraussetzung zum Initiieren nachhaltiger Veränderungsprozesse in den benachteiligten Gebieten. Die oben beschriebenen typischen Erscheinungen von sich beschleunigender Armutsentwicklung, Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung in den sozialen Brennpunkten sollen dauerhaft gestoppt und ihnen tragende und andauernde Vitalisierungsprozesse entgegengestellt werden. Jugendliches Leben, Lernen und Wirtschaften soll in diesen Quartieren auf Dauer attraktiv werden. Dies bedarf neben der kurzfristigen Intervention zum Stoppen der massivsten Fehlentwicklung einer nachhaltigen und von politischen Entscheidungen getragenen sozialräumlich bezogenen Umsteuerung in Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Zusammenfassend lässt sich zu den E&C-Herausforderungen für die Jugendhilfe feststellen:

Mit E & C gibt es eine Programmplattform im Bereich des Kinder- und Jugendplanes des Bundes, mit der versucht wird, die unterschiedlichen Finanztöpfe und die unterschiedlichen Erfahrungen, die es in den Förderbereichen gibt, so zu bündeln, dass in den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf die Jugendhilfe zu sozialräumlicher Arbeitsweise stimuliert wird. Unterstützt werden Vorhaben mit Drehscheibenfunktion, das Management sozialer Pakete im Sinne lokaler Aktionspläne für das Zusammenführen und Bündeln sozialer Aktivitäten, finanzieller Möglichkeiten und aller staatlichen und nichtstaatlichen Ressourcen in diesen Gebieten. E&C soll darauf hinwirken, dass Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Benachteiligungen und Problemlagen im Blickpunkt dieser Veränderungsprozesse stehen und an diesen Entwicklungen teilhaben, diese mitgestalten und von diesen partizipieren.

Zur Umsetzung des Programms E&C

Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Kombination von Förderprogrammen aus öffentlichen Haushalten immer dann mit Ressourcengewinnung und dem Erzeugen von Synergieeffekten verbunden ist, wenn unabhängige Institutionen mit dem Projektmanagement beauftragt werden. Das Bundesministerium entschied, eine Regiestelle für das Programm: „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) auszuschreiben und zu vergeben. Diese Regiestelle wurde an die Stiftung SPI vergeben. Unter der Leitung von Hartmut Brocke hat sie ihre Tätigkeit seit Mitte des Jahres aufgenommen.

Für die Programmplattform stehen zunächst ca. 20 Millionen DM zur Verfügung. Dieser verhältnismäßig geringe Betrag resultiert aus der Programmphilosophie, keine Vor-Ort-Maßnahmen zu finanzieren, sondern den Prozess des Zusammenführens von regionalen und überregionalen, öffentlichen und privaten Ressourcen in sozialen Brennpunkt-Gebieten voran zu treiben. Regionale Konzentration der Mittel und Möglichkeiten bedeutet hier also Gelder aus allen Förder- und Alimentierungsbereichen des Bundes, der Länder, der Landkreise und der Kommunen in den E&C - Gebieten zum Initiieren nachhaltiger Entwicklungen zu vereinen. Hierbei sollen sowohl auf soziale, städtebauliche und infrastrukturelle Pflicht- und freiwillige Leistungen der öffentlichen Hand bis hin zu Europamitteln (z.B. ESF-Mitteln und deren Kofinanzierungsprogramme) als auch auf private

Finanzierungsmöglichkeiten zurückgegriffen werden. Um finanzielle Ressourcen in den Gebieten des Programms zu fokussieren, will die Bundesregierung z.B. ESF-Mittel des Bundes und eigene Programmtitel bereitstellen, die in den E&C-Gebieten kombiniert eingesetzt werden können und so versuchen, alle Möglichkeiten, die auf Bundesseite bestehen, auch in finanzieller Hinsicht zu nutzen.

So sollen, um die E&C-Gebiete zu stärken, Gelder aus Sonderprogrammen wie z.B. dem neuen Aktionsprogramm der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" bereitgestellt werden. Die Förderung dieses Programms kann in den sozialen Brennpunkten für gewaltpräventive Arbeit eingesetzt werden.

Kurzfristige und zeitweilige finanzielle Sonderleistungen können jedoch die Entwicklungen in den E&C - Gebieten nur flankieren. Wesentlich für das Gelingen von E&C sind die Akteure vor Ort, die sich für die lokalen Pakte verantwortlich sehen und aktiv deren Aktionspläne ausgestalten. Lokale Aktionspläne können nur dann zum adäquaten Initiierungs- und Steuerungselement der von E&C angezielten sozialen Bewegung hin zur sozialräumlichen Attraktivität, kommunaler Gemeinschaft und Vitalität gefährdeter Stadtteile werden, wenn die „Federführung“ im jeweiligem Ort liegt. Die Vielfalt der Bedingungen und Unterschiedlichkeit der Prozesse in den Gebieten schließt Projektstandardisierung aus. Von zentraler Bedeutung ist das Engagement der Akteure im Sinne der E&C - Idee als ‚Vor-Ort-Experten‘. Sozialräumliches Expertentum muss den Blick bereichsübergreifend öffnen. Bei einer Betrachtung der Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen von Jugendlichen in ihrem Kiez muss die Jugendhilfe über den eigenen staatlich - fürsorglichen, jugendarbeiterischen oder auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen gerichteten Blick hinaus, auch z.B. Schule oder lokale Wirtschaft einbeziehen. Es geht um das Initiieren des mühseligen Prozesses der Begeisterung anderer von der eigenen Idee, die Akzeptanz und das Verbinden von Ideen verschiedener Professionen, um das Ausprobieren von Zusammenarbeit und den langen Atem zum Produzieren sichtbarer Erfolge. Bei dieser sozialen Koproduktion wollen Bundesministerium und die Regiestelle E&C alle Akteure unterstützen.

Unterstützung der Programmakteure

Die Unterstützung der lokalen Akteure wird z.B. darin bestehen, die guten Beispiele, die es in den jeweiligen Bereichen gibt, zu publizieren. Hierbei geht es nicht nur um das Präsentieren von best practice Beispielen, sondern auch von

Rahmenbedingungen, regionalen Besonderheiten, Hindernissen und Förderlichem. Nur so sind gute Erfahrungen auch anderen Ortes nutzbar.

Unterstützung bieten wir an durch die Organisation von Veranstaltung wie Zielgruppen- und Regionalkonferenzen, Fachforen und Tagungen, die dem Erfahrungsaustausch und der Fortbildung dienen und zugleich Mut machen sowie Motivation für die schwierigen Aufgaben innerhalb des Programms schaffen sollen. Sie bieten Gelegenheit sich über problematische Situationen und Entwicklungen vor Ort auszutauschen, aber auch generelle Veränderungen zu initiieren und zu erreichen.

Derzeit gibt es in rund 150 Kommunen Gebiete, die sich gemäß der Bund-Ländervereinbarungen als Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf mit dem Thema Entwicklung und Chancen von jungen Menschen beschäftigen und lokale Pakte in Gang bringen wollen. Diese „kleine Bewegung“ erregt schon jetzt auf vielen politischen Ebenen Aufmerksamkeit und auch hier wird überlegt, wie man dies unterstützen kann. Die Regiestelle soll versuchen alle Ideen die aus dem Engagement vor Ort, in den Städten, Landkreisen, Ländern und auf Bundesebene entstehen zu sammeln und weiter zu geben. Hierzu bedarf es eines umfassenden und transparenten auf modernen Medien beruhenden Informationsmanagements.

Mit der Regiestelle besteht auch die Möglichkeit zu unterstützen, wenn es in bestimmten Bereichen Schwierigkeiten gibt. Als Task Force können die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Akteure vor Ort bei der Lösung akuter Probleme beraten und begleiten. Hier kann konzeptionelle Unterstützung gewährt werden, Unterstützung beim Finden von Kooperationspartnern, bei der Mediation von Konflikten oder bei der politischen Durchsetzung des Programms.

Unterstützung für die Vorhaben und Entwicklungen aus den Aktionsplänen vor Ort wird auch durch die Veränderung der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten Maßnahmen ausgehen. Die Bereitschaft hierzu erklärten verschiedenste bundeszentral geförderte Träger der Jugendarbeit und Jugendhilfe. So sollen zum Beispiel Jugendaustauschprogramme für Jugendliche aus E&C-Gebieten ausgerichtet oder im Bereich der politischen Bildung Veranstaltungen und Projekte für die E&C-Gebiete entwickelt werden.

Unterstützung soll auch ausgehen von den gemeinsamen Bemühungen aller Ministerien um progressive und nachhaltige Entwicklungen in den Stadtteilen. So wird vieler Orts schon das Programm „Die soziale Stadt“, welches die Bauministerien von Bund und Ländern

arrangieren und in dem jetzt jährlich 450 Millionen Mark für die soziale Stadtgestaltung zur Verfügung stehen, mit der Gestaltung sozialer Infrastruktur verbunden. Hier kann, z.B. ein Jugendfreizeithaus von jungen Leuten mit Unterstützung des Programms „Die soziale Stadt“ saniert werden. In Phasen der Bauvorbereitung und der Stadtentwicklungsplanung können aus diesem Programm Mittel für Beteiligungsprozesse zur Verfügung gestellt werden, Jugendliche können in Job- und Ausbildungsmaßnahmen einbezogen oder Programmmittel zum sozialen Strukturerhalt langfristig genutzt werden. Aus dieser Möglichkeit, Baumittel im sozialen Interesse zu nutzen, ergeben sich in den Programmgebieten wichtige Chancen.

Entwicklung und Chancen auch für ländliche Entwicklungsgebiete

Ein solches Programm kann natürlich nicht nur für den Bereich der Städte und deren Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf vorgesehen sein. E&C soll auch in Gebieten Wirkung entfalten, die durch starke Zersiedlung, fehlenden Arbeitmöglichkeiten, unzureichende Verkehrsanbindung, unterentwickelte soziale Infrastruktur und mangelnde Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten gekennzeichnet sind. Junge Menschen verlassen sehr häufig frühzeitig diese strukturschwachen ländlichen Gebiete und kehren nur selten dorthin zurück. Mit dem E&C-Teilprogramm „Netzwerk und soziales Ehrenamt in strukturschwachen ländlichen Gebieten“ sollen exemplarisch in 13 Landkreisen die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche nachhaltig verbessert werden, um so dem Exodus von jungen Leuten entgegenzuwirken.

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

Soziale Koproduktion als generelle Ausrichtung auf die Verbesserung der Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten von jungen Menschen und ihren Familien in sozial benachteiligten und gefährdeten Sozialräumen bedarf der Anstrengung und Aktivität aller kommunalen Akteure ebenso wie der Initiative und Veränderungsbereitschaft der auf Landes- und Bundesebene agierenden gesellschaftlichen Institutionen. Mit dem Programm E&C ist ein Weg vorgezeichnet, der zur sozialräumlichen Jugendhilfe führen kann, indem kreative Formen sozialer Koproduktion entwickelt und Ressourcen in ‚Entwicklungsgebieten‘ fokussiert und transferiert werden können. Auch in Zeiten knapper sozialer Kassen können so grundlegende Verbesserungen der sozialen Situation von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien erreicht werden.

E&C – Ein attraktives Angebot mit Zukunft

Im Mittelpunkt des Bundesmodellprogramms steht die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Das Programm hat das Ziel, Ressourcen und Aktivitäten zu konzentrieren, um den Kindern und Jugendlichen weitere Chancen zu eröffnen und ihnen bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Das Programm: "Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten" (E&C) wurde vom BMFSFJ ergänzend zu den stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen des Bauministeriums entwickelt.

Die Gebiete des Programms sind daher auch mit den Gebieten, die an dem Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt" teilnehmen, identisch. 210 Gebiete in 157 Gemeinden wurden im Jahr 2000 als Gebiete der Sozialen Stadt/E & C ausgewiesen. Es ist abzusehen, dass sich die Gebietsanzahl im Jahr 2001 erheblich erhöhen wird.

Die beiden Bundesprogramme bieten die Möglichkeit Städtebauförderung und sozialraumorientierte Jugendhilfe zu verbinden. Das Programm E&C hat die Aufgabe den Focus im Rahmen der Stadtentwicklung auf den Bereich der Jugendhilfe zu legen. Es soll an einer nachhaltigen Verbesserung der Situation in benachteiligten Gebieten mitwirken und Kooperationen, Netzbildung anregen, Fachaustausch organisieren und Hilfestellungen vor Ort anbieten. Das Programm E&C erweitert seinen Ansatz auf Gebiete im ländlichen Raum, der Schwerpunkt liegt hierbei auf „Netzwerke und soziales Ehrenamt – Strukturschwache ländliche Regionen“.

Gerade bei jungen Menschen ist die Perspektive auf eine Ausbildung und auf eine angemessene Beschäftigung zentral. Ein wichtiger Ansatzpunkt, auch benachteiligten Jugendlichen eine Chance zu geben, ist hierbei die Diskussion um die Reform des SGB III und das BSHG. Arbeitsämter und Sozialämter haben bereits erste Modellprojekte realisiert und ein Bundesgesetz fördert diesen Ansatz. Die Jugendämter und die Jugendhilfe stehen bei dieser Entwicklung meist außen vor. Dabei war es die Jugendhilfe, die frühzeitig eine Vernetzung aller Beteiligten im Interesse der jungen Menschen gefordert hat.

Innovative Ansätze fordern nicht nur bei der Sicherung von Ausbildung und Beschäftigung Kooperation. Dies gilt für alle Bereiche der Sicherung eines weniger problembehafteten Auf-

wachsens junger Menschen. Es stellt sich daher die Frage, wie kann die Jugendhilfe vor Ort stärker in innovative Diskussionen einbezogen werden und wie bringt sie ihre Fachlichkeit in die Diskussion ein. Dabei geht es um Bereiche wie soziale und ethnische Integration, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen, Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Familienförderung, Arbeitsmarktpolitik Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung und um besondere soziale Lebenslagen.

Das Programm E&C hilft den Akteuren vor Ort in den Programmen auch die Jugendhilfe stärker zur Geltung zu bringen. Hier liegt die Chance und die Herausforderung für die Jugendhilfe. Lange haben wir sozialräumliche Ansätze gefordert, nun stehen wir vor der Herausforderung diese Ansätze gemeinsam mit den Kooperationspartnern in den Stadtteilen zu verwirklichen. Die Problemlagen in den Gebieten der Sozialen Stadt/ E&C sind dabei so unterschiedlich und vielfältig, dass es nicht gelingen wird, diese durch einen Akteur alleine zu lösen. Diese Einschätzung wird auch von den anderen Beteiligten so geteilt. Hier liegt der Schlüssel zu einer neuen, kooperativen Praxis in der Sozialen Arbeit, die eine große Attraktivität ausstrahlt.

Die Attraktivität unseres Ansatzes für die Jugendhilfe und die Kommunen wird auch dadurch deutlich, dass ein gewisser Run auf das Programm Soziale Stadt/E&C festzustellen ist. Immer mehr Kommunen wollen nicht außen vor stehen, sondern aktiv mitgestalten. Die Liste der abgewiesenen Gebiete Soziale Stadt, die sich bei der Regiestelle E & C mit dem Ziel gemeldet haben, auch noch ins Programm aufgenommen zu werden, wird größer. In der Integration dieser Gebiete liegt eine Chance. Je breiter das Spektrum von interessierten Akteuren und Fachleuten wird, die durch die Bundesprogramme angesprochen werden, desto größer wird der Rückenwind für eine Politik der Vernetzung, die die Jugendhilfe gleichberechtigt einbezieht.

Kooperation als Leitmotiv

Der erste wesentliche Ansatzpunkt für eine sozialräumliche Orientierung in der sozialen Arbeit sind die Steuerungsinstrumente und der Ressourceneinsatz in den Städten und Gemeinden. Jedes einzelne Gebiet der Sozialen Stadt/E & C unterscheidet sich in seiner Bebauung, Infrastruktur, Einwohnerstruktur, Sozialstruktur usw. Die Problemlagen sind vielfältig und unterscheiden sich von Gebiet zu Gebiet.

So unterschiedlich die Problemlagen in den Städten sind, so unterschiedlich müssen die Konzepte zu ihrer Lösung sein. Jede Stadt und jede Gemeinde muss daher individuell klären,

wie die Steuerungsinstrumente vor Ort aussehen müssen, um die unterschiedlichen Politikbereiche wie z.B. Stadtplanung, Soziales, Arbeitsförderung, Jugendhilfe aufeinander beziehen zu können.

Nicht die Jugendhilfe bestimmt dabei allein die inhaltlichen Strategien, es wird vielmehr darum gehen, sich bewusst als Arbeitsgemeinschaft zu definieren und zu sagen, was die einzelnen Institutionen in diesen Prozess aktiv einbringen und wie sie ihn gestalten können. Einzelne Politikbereiche können die Problemlagen in den Gebieten der Sozialen Stadt/E & C nicht alleine lösen, diese Einsicht wird auch von den Städtebauern geteilt.

In die zukünftigen Diskussionen um Vernetzung und Ressourceneinsatz muss die Jugendhilfe nicht ängstlich oder defensiv gehen. Es wird interessant werden, wenn gegenüber den Kämmerern angefragt wird, was an Transfermitteln wie Wohngeld, Jugendhilfe, Sozialhilfe, Arbeitsmarktförderung in die Gebiete der Sozialen Stadt/ E & C fließt und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Millionen werden in solche Gebiete investiert, nur um einen gewissen Status quo zu finanzieren. Mit einer Strategie der Vernetzung könnten diese Mittel genutzt werden, um eine wirkliche Verbesserung für die Bewohner zu erreichen und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen.

An diesem Punkt ist auch die Politik aufgewacht. Sie hat verstanden, dass mehr Perspektive für die Menschen in diesen Stadtteilen nicht nur eine Frage von mehr Geld ist, sondern auch von Vernetzung und besserer Koordination. Sie will, dass die Institutionen vor Ort zusammenarbeiten und die Angebote aufeinander abstimmen. Gemeinsame Strategien müssen dabei jedoch vor Ort von den beteiligten Akteuren gemeinsam entwickelt werden, um ein aufeinander bezogenes Angebot realisieren zu können.

Ein weiterer Punkt, den die Städtebauer genau wie die Kinder- und Jugendhilfe sehen, ist die Notwendigkeit einer aktiven Bürgerbeteiligung vor Ort. Beglückungskonzepte von wem auch immer, funktionieren nur kurzfristig oder überhaupt nicht. Sie haben keine nachhaltigen Auswirkungen. Nur wenn die Betroffenen selbst Teil der Lösung werden, haben wir eine Chance diese Stadtteile grundlegend zu erneuern. Das heißt, wir müssen die Kompetenz der Jugendhilfe in Fragen von Beteiligung und Partizipation, von Selbstbestimmung und Selbstgestaltung, bei der Eroberung des öffentlichen und privaten Raums aktiv in die Diskussion einbringen.

Das aktive Einbringen beginnt damit, für sich zu reflektieren, was die eigene Institution in diesem gesamtstädtischen Prozess der Verbesse-

rung eines sozialen Brennpunktes zu bieten hat. Wenn sich jeder die Mühe macht, mit den Betroffenen und mit den beteiligten Ämtern gemeinsam die Probleme im Gebiet zu analysieren und strategische Entwicklungsziele zu erarbeiten, wird man feststellen, dass alle Beteiligten unterschiedliche Problemlagen und Entwicklungsziele aufzeigen. Der Prozess des Aushandelns der Ziele auf dieser Grundlage ist die erste wichtige Voraussetzung, um Kooperation vor Ort zu ermöglichen.

Der dritte Punkt, der den Gedanken der Kooperation mit Leben füllt, behandelt die kommunalpolitischen Voraussetzung der Zusammenarbeit. Wenn es in einer Kommune, keinen politischen Konsens gibt, bei Armutsproblembereichen zu kooperieren, wird jeder Versuch der Akteure vor Ort zum Scheitern verurteilt sein. Nur wenn nicht zuerst Fragen der Zuständigkeit gestellt werden, sondern die Frage nach der Lösung eines Problems im Vordergrund steht, besteht die Chance, neue Steuerungsinstrumente auch innerhalb der Verwaltung zuzulassen und Ressourcen im Interesse der Menschen zu bündeln.

Ohne diese Voraussetzung, wird unser Ansatz der „Sozialen Arbeit als Koproduktion“ ein Kampf gegen Windmühlen. Dies zeigt, dass die Diskussion um neue Steuerungsmodelle politisch geführt werden muss. Das heißt, die Frage nach den Methoden, der Strategien, den Leitzielen der Kinder- und Jugendhilfe und der sozialen Arbeit ist unumgänglich. Für uns als Jugendhilfe steht dabei das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer im Mittelpunkt unserer Arbeit. In ihrem Interesse sind wir zur Kooperation mit allen anderen Akteuren im Stadtteil verpflichtet.

Probleme lösen - lokale Verbände schaffen - Aktionspläne entwickeln

Gerade Fachleute im Sozialwesen neigen dazu, geballte Problemlagen als dramatisch, ungerecht und schwer lösbar zu empfinden. Eine Mitleidsstrategie und ein Suchen nach Schuldigen, wird die Problemlagen der Menschen aber nicht verbessern. Es ist zu kurz gedacht, die Ursachen der Probleme auf andere abzuschieben und ihnen die Lösung zu überlassen. Ein überprüfen der eigenen Arbeit, ob die eigenen Arbeitskonzepte zur Lösung der Problemlagen der Menschen im Stadtteil beitragen, ist notwendig.

Die ämterinternen Strategien zur Lösung von kommunalen Problemlagen verlaufen oftmals nach dem Prinzip, Lösung auf einzelne Fachressorts abzuschieben. Wenn z.B. eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zusammengerufen wird, dann besteht das erste Ziel darin, keine Mittel an ein anderes Ressort abzugeben.

So lange dieses Denken vorherrscht, wird sich an der gegenseitigen Abgrenzungsstrategie nichts ändern. Diese Strategie der Abgrenzung verdeutlicht, dass man die anderen nicht verändern kann, sondern nur sich selbst. Dies hat zur Folge auf die anderen zuzugehen, damit diese Haltung der Kooperation aus der Jugendhilfe auf die anderen Fachämter, wie z.B. Wohnungsamt, Stadtplanungsamt, Sozialamt oder Arbeitsamt übertragen wird.

Es geht nicht um Statusdenken, sondern um Kooperation und die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente im Sinne von schnellen Problemlösungen. Die wichtigsten Adressaten in dieser Diskussion sind die Kommunen. Der präzise Adressat für alle Kinder und Jugendlichen betreffenden Problemlagen ist die Kommune als Träger nach dem SGB VIII (KJHG), als Träger der Jugendhilfe und somit das Jugendamt das aus zwei Teilen besteht, der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss.

Die Kommune kann einen wesentlichen Teil zur Umsetzung des Programms beitragen indem sie viele Träger und Institutionen anregt sich an der Umsetzung der Programmidee E & C zu beteiligen, ihre Strukturen hinsichtlich der sozialräumlichen Ausrichtung zu überprüfen und gegebenenfalls neu auszurichten und bestehende Strukturen durch neue Ideen auszubauen. Diskussionen vor Ort sollen initiiert, Probleme vor Ort von Institutionen, Politik und Verwaltung besichtigt werden. In lokalen Verbänden sollen die Problemlagen im Quartier gemeinsam gelöst, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungen zusammen entwickelt werden. Der Erfolg der eigenen Arbeit wird an dieser Stelle von anderen Institutionen abgefragt werden. Es wird darum gehen von Seiten der Jugendhilfe selbstbewusst Vorstellungen von Erfolg zu definieren, fachliche Standards festzulegen und eine Diskussion über Qualitätssicherung der Sozialen Arbeit einzubringen. An dieser Stelle werden aber auch die ersten Probleme beginnen. Eine sozialräumliche Ausrichtung der Sozialen Arbeit setzt eine Selbstreflexion der Träger voraus. Dies kann aber auch zur Folge haben, Angebote in der Zielorientierung bedarfsgerechter zu konzipieren, was eine Umstrukturierung der Arbeit bedeuten kann. Konzeptionelle Veränderungen der Träger benötigen flexiblere Verwaltungsverfahren um die Neuausrichtung der Arbeit umsetzen zu können. Ein Umdenken und Verändern der Arbeit ist mit Anstrengungen verbunden, kann aber im Ergebnis erfolgreich sein.

Das E&C Programm möchte Verfahrens- und Förderrichtlinien anregen, die die Möglichkeit eröffnen, dass Städte und Gemeinden integrierte Handlungskonzepte entwickeln. Ämter und trägerübergreifend, sollen lokale Aktions-

pläne erarbeitet und implementiert werden. Durch die Entwicklung der lokalen Aktionspläne wird die Qualitätssicherung der Institutionen und des Programms gesichert. Eine Qualitätssicherung kann gewährleistet werden, wenn auf Grundlage des E & C Programms eine differenzierte Problembeschreibung und Bedarfsanalyse in den Gebieten der Sozialen Stadt/ E & C durchgeführt wird. Auf Grundlage dieser Daten müssen strategische Entwicklungsziele erarbeitet werden. Diese strategischen Ziele können nur umgesetzt werden, indem die betreffenden Ämter/Ressorts ermittelt und zur Zusammenarbeit motiviert werden. Fördermöglichkeiten der Städte und Gemeinden des Landes und des Bundes müssen eruiert und feststehende Förderstrukturen neu ausgerichtet werden, damit sie vor Ort Wirkung erhalten, ohne sich in Förderketten zu verlieren.

Eine Reform der Jugendhilfe kann nur vorangetrieben werden, indem neben dem Vorhandenen, das Neue gestellt und in die Diskussion mit den anderen Trägern und Ämtern eingebracht wird. In Zeiten von leeren Haushaltskassen und geringen Handlungsspielräumen der Kommunen und Gemeinden fällt dies schwer, hier stellt der Ansatz der Lokalen Aktionspläne einen innovativen Handlungsansatz zur Lösung von sozialen Problemlagen da. Aus diesem Grund kann es nicht darum gehen, zusätzlich neue Programme aufzulegen um Problemlagen zu lösen, sondern darum, Ideen zu entwickeln und Programme aufeinander abzustimmen, die in lokalen Aktionsplänen münden. Eine größtmögliche Bündelung von Ressourcen durch lokale Verbände zu erreichen, wird das Modell der Zukunft sein.

E&C – Ein Programm mit Perspektive

Das E & C Programm stellt keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung, sondern bietet ein Kommunikationsdach.

Das E & C Programm ist aus verschiedenen Aktivitäten, Programmteilen und Arbeitsschritten zusammengesetzt. Das E & C Dach bündelt verschiedene Zuständigkeiten und Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder. Damit das Programm keine Sammlung von einzelnen Aktivitäten, die nach innen und außen nicht transparent sind ist, wurde die Regiestelle E & C eingerichtet.

Die zuvor genannte Fülle an Herausforderungen, Aufgaben und Ideen hören sich schwer zu bewältigen an. Die Aufgabe, diesen Prozess bundesweit zu koordinieren, Netzwerkbildung anzuregen, Fachaustausch zu organisieren, Kooperationen herzustellen und bei Bedarf fachliche Hilfestellung zu gewährleisten hat die Regiestelle E & C der Stiftung SPI. Die Regiestelle ist mit einer stellvertretenden Projektleitung,

drei Projektmanagern und zwei Verwaltungskräften ausgestattet. Die Durchführung des E & C Konzeptes mit einer schmal dimensionierten Regiestelle erscheint auf den ersten Blick nicht einfach.

Das Konzept ist davon ausgegangen, dass es unrealistisch ist E & C Spezialist auf allen fachlichen Gebieten zu sein. Die Lösung von allen Problemen in den über 200 E & C Gebieten durch die Regiestelle wird nicht möglich sein. Das Programm setzt auf den Wissenstransfer der Personen die sich an dem E & C Programm beteiligen. Die Regiestelle versteht sich als Kontaktstelle und Informationsdrehscheibe, Task force zur Unterstützung örtlicher Implementierungsprozessen, als Mediator um Aushandlungsprozesse zu begleiten und zu unterstützen, sowie als Kooperationsagentur die die verschiedenen Partner zusammenbringt, um Lern- und Kooperationsprozesse zwischen den Akteuren in den E & C Gebieten anzubieten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Regiestelle ist aus diesem Grund der Aufbau und das Nutzen von Kommunikationsstrukturen durch Medien. Durch die Einrichtung solcher Strukturen wird es möglich, sein mit und durch die Akteure deren Erfahrungen, gute Arbeitsansätze und Projekte herauszufinden und bundesweit weiterzuleiten. Das Hauptkommunikations- und Informationsmittel ist die Einrichtung der Internetseite www.eundc.de.

Auf der Homepage werden alle Akteure und Kooperanten der E & C Gebiete mit Adresse, Telefonnummer, eMail aufgeführt sein. Dadurch besteht die Möglichkeit, jeder Zeit Kontakte untereinander zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperationen herzustellen. Aktuelle Informationen und Fachdiskurse können abgerufen und Diskussionslisten geführt werden. Über einen Newsletter werden auf Wunsch aktuelle Informationen kontinuierlich zugesandt. Die eingesetzte neue Internet-technologie bietet den Akteuren die Möglichkeit ihrer Probleme selbst zu bearbeiten und zu lösen. Das Wissen und die Erfahrung der Akteure wird von der Regiestelle aufgearbeitet, damit dieses allen zur Verfügung gestellt werden kann.

Ein anderen Schwerpunkt sind Fachtagungen, die eine Möglichkeit bieten, sich weiter zu qualifizieren und in den fachlichen Dialog zu treten. Die Tagungen haben unterschiedliche Konzeptionen und Ziele, finden jeweils zwei mal im Jahr statt und sind in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe sind die Zielgruppenkonferenzen die bundesweit ausgerichtet werden. Die einzelnen Zielgruppen unterteilen sich in Quartiersmanager, Städte- und Gemeindevertreter einzelner Ämter, sowie bundeszentrale Träger, die über den Kinder- und Jugend-

plan gefördert werden.

Das zweite Konferenzangebote sind Regionalkonferenzen auf der die Zielgruppen und Länderministerien auf regionaler Ebene zusammentreffen, um in den Fachaustausch zu treten und Feinabstimmungen für die Arbeit in den Städten und Gemeinden treffen zu können.

Die dritte Form der Konferenzen sind bundesweit stattfindenden Fachforen, die ein Angebot für alle interessierten Zielgruppen, Akteure und Fachleute sind.

Die Ergebnisse und Planungen der einzelnen Veranstaltung werden durch die Regiestelle aufgearbeitet, veröffentlicht und zeitnah in das Gesamtprogramm eingebracht. Dies macht deutlich, dass das Programm durch die Personen gestaltet wird, die sich aktiv in den Prozess einbringen.

Aufgabenstruktur und Vorhaben des DJI im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C

Das Programm E & C, dessen Struktur und Philosophie in den vorhergehenden Beiträgen ausführlich vorgestellt wurde, wird durch mehrere Projekte wissenschaftlich begleitet. Es sind mehrere Begleitprojekte, weil das Programm eine Reihe eigenständiger Programmbausteine enthält, die zur „Unterfütterung“ der Strategie von E & C auch mit eigenen finanziellen Mitteln und je eigenen wissenschaftlichen Begleitprojekten ausgestattet sind. Dies macht die Anlage auf den ersten Blick ein wenig unübersichtlich. Deshalb sollen im folgenden zunächst die vier eigenständigen Programmbausteine kurz erwähnt werden.

Das Programm Freiwilliges Soziales Trainingsjahr bietet benachteiligten Jugendlichen, die am Übergang von Schule in den Beruf scheitern oder zu scheitern drohen, da sie von Berufsbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht erreicht werden, neue Perspektiven. Im Rahmen des sozialen Trainingsjahres können diese Jugendlichen praktische Arbeitserfahrungen machen und durch zertifizierte Qualifizierungen einen besseren Zugang zu Ausbildung und Beruf erwerben.

Durch den Programmbaustein „Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerk und Ehrenamt“ wird die Aufmerksamkeit von E & C, die sich im Anschluss an das Programm „soziale Stadt“ zunächst auf die städtischen Räume konzentriert, auf ländliche Regionen erweitert. Damit soll betont werden, dass es neben den städtischen sozialen Brennpunkten auch einen Entwicklungs- und Förderbedarf im ländlichen Raum gibt. Das Programm zielt auf die Entwicklung, Förderung und den Ausbau bürgerschaftlicher bzw. ehrenamtlicher Netzwerke mit und für benachteiligte Jugendliche zusätzlich zur bestehenden offenen und verbindlichen Jugendarbeit. Alle Flächenländer haben bereits eine Region gemeldet, in der zukünftig durch E & C – auch finanziell gefördert – ehrenamtliche Strukturen Unterstützung finden werden.

Das Programm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“, das schon über einen längeren Zeitraum existiert, ist ebenfalls integraler Bestandteil von E & C, da insbesondere die Frage der beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen ein Kernproblem dar-

stellt, das zu den Aufgabenfeldern von E & C gehört.

Im Zentrum des Programmbausteins „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“ stehen Jugendlichen mit Migrationshintergründen. Das Programm erprobt modellhaft eine Öffnung der Jugendgemeinschaftswerke für alle Migrantinnen und Migranten an – also sowohl für junge Aussiedlerinnen und Aussiedler als auch alle nicht-deutschen Jugendlichen.

Alle genannten Programmbausteine verfügen über eigene wissenschaftlichen Begleitprojekte.

Gegenwärtiger Stand der wissenschaftlichen Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitforschung der genannten Programmbausteine von E & C sind ebenso wie die wissenschaftliche Begleitung des Gesamtprogramms beim Deutschen Jugendinstitut in München und Leipzig angesiedelt. Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist es, die Entwicklungen des Programmes zu dokumentieren, seine Effekte in ausgewählten Bereichen zu überprüfen und Hinweise für die Weiterentwicklung des Programms zu geben. Entsprechend der Philosophie von E & C sieht sich die wissenschaftliche Begleitung der E & C Programme vor allem als Kooperationspartner für alle am Programm Beteiligten.

Seinen konkreten Ausdruck findet dies nicht nur in der engen Zusammenarbeit der Begleitprojekte untereinander, mit dem SPI, mit den Partnern in den Stadtteilen, sondern auch in der mittlerweile vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programmes „Soziale Stadt“, die beim Deutschen Institut für Urbanistik (difu) angesiedelt ist. Um Doppelbelastungen für die Untersuchungsregionen zu vermeiden, wurde ein Kooperationsvertrag zwischen dem DIFU und dem DJI abgeschlossen, Darüber hinaus soll der Versuch unternommen werden, Ergebnisse aus beiden Instituten zusammenzuführen, um so zu einer breiteren Datengrundlage zu kommen. Im Mittelpunkt der Untersuchungen des DJI stehen kinder- und jugendpolitische Fragestellungen, während die Untersuchungen des DIFU eher stadtentwicklungspolitische Fragestellungen betreffen.

Aus der Sicht von E & C sind die Kinder- und Jugendplan-geförderten Träger des Bundes die ersten Ansprechpartner. In einer jährlichen Abfrage sollen die Aktivitäten in den einzelnen Standorten dokumentiert werden. Die Dokumentation aller beteiligten Standorte bezieht sich zunächst auf eine Analyse der Gegebenheiten vor Ort.

In einem zweiten Schritt folgt dann die Untersuchung innovativer Einrichtungen, Strategien und Arbeitsansätze. Hierbei kommt es weniger auf die bloße Darstellung einzelner Projekte an, sondern vielmehr auf die zum Erfolg führende Strategie, die jeweiligen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und die konzeptionellen Prämissen. Innovative Projekte sollen in einer Datenbank zugänglich gemacht werden, die dann für einen Fachaustausch den Akteuren von E & C zur Verfügung gestellt wird, so dass auch von Seiten des DJI ein Beitrag zum Erfahrungstransfer erstellt wird.

Da es im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung durch die vier Mitarbeiter/innen des DJI nicht möglich ist, alle schon jetzt gemeldeten und zukünftig noch weitere Standorte kontinuierlich zu begleiten, werden ca. 15 Modellstandorte ausgewählt. Die Auswahl der Standorte basiert auf Vorschlägen der bundeszentralen Träger, die vom Kinder- und Jugendplan gefördert werden. Insgesamt wurden dem DJI 80 Vorschläge für näher zu untersuchende Stadtteile unterbreitet. Diese Standorte wurden gesichtet und von ihnen werden die 15 Standorte, die gezielt betrachtet werden sollen, ausgewählt. Ausschlusskriterien für die Wahl zum Modellstandort waren z.B. die Nichtzugehörigkeit zum Programm „Die Soziale Stadt“ oder die Auswahl des Stadtteils als Modellstandort des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Die zentralen Fragestellungen bei der Untersuchung der 15 E&C - Modell-Standorte lauten:

Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es, das Prinzip der Ressourcenorientierung in Bezug auf Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen umzusetzen?

Ein zentrales Prinzip von E&C ist die Ressourcenorientierung. Die Diskussion in der Kinder- und Jugendhilfe zeigt jedoch, dass Ressourcenorientierung oft als bloße Programmformel Verwendung findet, und wenn sie dennoch einmal umgesetzt wird, so bezieht sie sich nur unzureichend auf benachteiligte Stadtteile. Die Ressourcen „schwieriger“ oder benachteiligter Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendlicher mit Migrationshintergrund stehen nur selten im Zentrum der Aufmerksamkeit – und die Frage, wie diese Ressourcen in der alltäglichen Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden können, welche Verfahren und Strategien sich dabei als hilfreich erweisen, ist – vorsichtig ausgedrückt – bislang wenig diskutiert.

Eine wesentliche Aufgabe der Begleitforschung ist es, hier genauer zu untersuchen, welche Strategien und Konzepte eingesetzt werden, um Ressourcen von Kindern und Ju-

gendlichen in den Modellstandorten zu nutzen, vor allem im Hinblick auf präventive Gesichtspunkte, auf gesellschaftliche Integration und Mitgestaltung der eigenen Lebensverhältnisse. In diesem Zusammenhang ist weiterhin die genaue Untersuchung und Dokumentation der fördernden oder behindernden Rahmenbedingungen, die ein Ansetzen an den vorhandenen Ressourcen erleichtern bzw. behindern, wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Begleitung durch das DJI.

Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es die sozialräumlichen Vernetzungen in den Stadtteilen zu verbessern?

Bei der Untersuchung der sozialräumlichen Vernetzung soll es nicht vorrangig um die Vernetzung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe gehen, sondern es soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, welche Strategien sind vorhanden, um im Interesse der Kinder und Jugendlichen Vernetzungsformen zu entwickeln, die alle weiteren „Zuständigkeiten“, wie die oftmals fehlenden Kooperationen mit Schulen, den Arbeits- und Gesundheitsverwaltungen, der Polizei und der Städteplanung u.a. mit einzubeziehen.

Auch bei dieser Fragestellung kommt der genauen Untersuchung und Dokumentation der förderlichen oder behindernden strukturellen Rahmenbedingungen eine besondere Bedeutung zu.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, ist für das DJI die möglichst umfassende Kenntnis der kommunalen Strukturen, der Projekte und Gremien, die Zusammenarbeit organisieren, notwendig. Nur so können Ergebnisse – auch für die Kommunen und Einrichtungen in den Stadtteilen – schnell zurückgespiegelt und für die weitere Entwicklung des Programms nutzbar gemacht werden. Für das lernende Programm E&C ist deshalb im Interesse einer Verbesserung der Entwicklung und der Chancen junger Menschen in den sozialen Brennpunkten eine enge Zusammenarbeit zwischen der wissenschaftlichen Begleitung, der Regiestelle, den Ansprechpartnern in den Kommunen und den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort unabdingbar.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse

Die Startkonferenz der Städte und Gemeinden verfolgte unterschiedliche Zielsetzungen. Zum einen diente sie dem Kennenlernen der kommunalen Vertreter/innen als wesentliche Akteure des Programms und den Mitarbeiter/innen und zukünftigen Ansprechpartner/innen bei der Regiestelle E&C bei der Stiftung SPI.

Zum anderen sollte die Konferenz genutzt werden, Erwartungshaltungen und Wünsche zu artikulieren und zu diskutieren, um schon zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mögliche Hemmnisse und Hinderungen zu minimieren.

Während durch die Beiträge der beteiligten Institutionen (BMFSFJ, DJI und Stiftung SPI) die Rahmenbedingungen für einen aus ihrer Sicht erfolgreichen Start und Verlauf des Programms E&C dargestellt wurden, war das Ziel der Arbeitsgruppe den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihrerseits Wünsche und Erwartungen an die Regiestelle zu äußern und (Nach)-Fragen zu E&C zu formulieren.

Faßt man die genannten Fragestellungen der Teilnehmer/innen aus den drei Arbeitsgruppen zusammen, so ergaben sich grob folgende Schwerpunktsetzungen:

A. Nachfragen an die Programmstruktur E&C und an die Unterstützungsmöglichkeiten der Regiestelle E&C

Einige Fragen bezogen sich konkret auf die Unterbausteine des Programms E&C und hier insbesondere auf Verflechtungen des „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres“ und das „Interkulturelle Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum mit den Aufgabenbereichen der Regiestelle E&C.“

Weitere Nachfragen hatten inhaltliche Themenstellungen und deren Bezug zu E&C im Fokus. Genannt wurden:

- Einbeziehung des Themas Rechtsextremismus.
- Qualitätssicherungsmodelle innerhalb des Programms.
- Möglichkeiten der Gewinnung und Beteiligung der Bürger vor Ort.
- Verwaltungsreform und der Bezug zu E&C.
- Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche.

Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb des Programms E&C und Schaffung von Nachhaltigkeit

Dieser Fragenkomplex nahm innerhalb der Diskussion in den Arbeitsgruppen einen größeren Raum ein, so dass von Seiten der Moderation in allen Arbeitsgruppen nochmals intensiver auf die Philosophie des Programms E&C und die direkten Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb von E&C eingegangen wurde.

Diskutiert wurden insbesondere folgende Fragestellungen

- Möglichkeiten der flexiblen und zeitnahen Finanzierung für Projekte im Rahmen von E&C. (Konkrete Projektförderungsmodelle)
- Flexibler Umgang mit Haushaltsrichtlinien zur Verwirklichung von Projekten für Kinder und Jugendliche.
- Kenntnis und Anwendung der Richtlinien zur Förderung nicht-investiver Maßnahmen im Rahmen des Programms „Die Soziale Stadt“.
- Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Programms E&C über den Programmzeitraum von drei Jahren hinaus.

Der Bereich der möglichen Finanzierung durch EU-Förderprogramme spielte bei der Kartenabfrage (sowohl bezüglich der Nachfragen als auch der Wünsche und Erwartungen) in allen drei Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle, die durch die in den Referaten am Vormittag eingebrachten Statements noch verstärkt wurde.

In der Diskussion wurde nochmals auf die Rahmenbedingungen eingegangen unter denen EU-Fördermöglichkeiten gegeben sind. So wurde darauf verwiesen, dass eine Kofinanzierung von EU-Strukturfondsmitteln (ESF, EFRE) für die Entwicklung und Erneuerung städtischer Problemgebiete 2000 bis 2006 aus Mitteln der Bund-Länder-Programme „Städtebauförderung“ und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ möglich sind. Jedoch wird darauf verwiesen, dass das Merkmal der „Zusätzlichkeit“ besonders zu beachten ist.

Der Regiestelle kommt im Bereich der EU-Fördermöglichkeiten die Rolle einer unterstützenden Trägerberatung zu.

Vernetzungen und Bündnisbildungen innerhalb von E&C

Die im Rahmen dieser Diskussion eingebrachten Fragestellungen lassen sich unter folgenden Überschriften zusammenfassen:

- Gewinnung städtischer Verwaltung und Gremien für die Ziele von E&C.
- Gewinnung von anderen Politikfeldern für die Durchführung von E&C Projekten.
- Herstellung lokaler Netzwerke zur Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- Neue Wege der Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe.
- Gewinnung und Beteiligung der Bürger vor Ort.

Eine Vielzahl von Fragestellungen bezog sich weiterhin auf die Vernetzung zwischen den Bundesprogrammen E&C und „Die soziale Stadt“.

B. Wünsche und Erwartungen an die Regiestelle E&C

Die Wünsche und Erwartungen der Teilnehmenden der drei Arbeitsgruppen bezogen sich vorrangig auf die Unterstützung der Akteure bei der Umsetzung von E&C vor Ort. Auch wird von der Regiestelle erwartet, dass sie bei der Beseitigung von Behinderungen und Hemmnissen Hilfestellung auch in Form direkter Moderation vor Ort anbietet.

Zusammengefaßt bezogen sich die Erwartungen und Wünsche auf folgende Bereiche:

- Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung von Projektideen im Rahmen von E&C.
- Hilfestellung beim Aufbau lokaler Netzwerke.

In Annäherung an den Diskussionsverlauf zu den Fragestellungen zu Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb des Programms richteten sich bezüglich der Erwartungen und Wünsche an die Regiestelle auch in diesem Diskussionsblock eine große Anzahl von Meldungen auf Unterstützungsmöglichkeiten bei der Erstellung von Finanzierungskonzepten.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeitsgruppendifkussion stellten die Erwartungen hinsichtlich einer Unterstützung von Kooperationsformen auf unterschiedlichen Ebenen, sowie die Sicherstellung des Erfahrungsaustausches der Städte- und Gemeindevertreter aus den E&C Programmgebieten dar.

Hier lauten die zusammengefassten Themenüberschriften:

- Transfer von Projektergebnissen und Vorstellung guter Praxismodelle.
- Regelmäßige und zeitnahe Information über das Programm E&C und aktuelle Entwicklungen im Themenfeld von E&C.
- Organisation des Fachaustausches.

■ Rückkopplung der Konferenzergebnisse und der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden an Bund und Länder.

■ Gewährleistung der Kooperation und Abstimmung mit dem Programm „Die Soziale Stadt“.

In Diskussion über diese Themenstellungen wurde von Seiten der Regiestellenmitarbeiter/innen auf die besondere Bedeutung des Internets im Bereich des Informationsmanagements der Regiestelle hingewiesen. Alle Akteure von E&C sollen zeitnah durch aktuelle Beiträge / Newsletter informiert werden. Für den Austausch untereinander werden Diskussionslisten erstellt.